

**Gegenstand: Erhalt des Waldstücks hinter dem Haus Pannonia;
Antrag der SPD-Stadtratsfraktion vom 19.03.2023
Vorlage: 1430/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Begründung erfolgt durch Frau Trageser-Glaser. Sie zitiert die Beratung im ASUN und hebt die Vorteile des Geländes hervor, z.B. für den Artenschutz. Es sollte für die Natur erhalten bleiben und dauerhaft nicht bebaut werden.

Herr Oehlmann hat die Grundintention erkannt, warnt aber davor, einen Flickenteppich aufzutun, verbunden mit der Frage, welche Flächen man überhaupt noch für Bebauung nutzen kann. Daher kann die FDP den Antrag in der Form nicht unterstützen.

Frau Dr. Mang-Schäfer findet die Idee grundsätzlich gut, den Zeitpunkt vor der Klimaschutzstrategie aber schwierig. Es sollte zunächst ein Grünflächenkataster im GIS-System erstellt werden und eine B-Plan-Aussetzung bis dahin erfolgen.

Laut Herrn Dr. Wilke wurden schon in früheren Konzepten Bedenken wegen der Lärmsensibilität direkt an der B 9 geäußert, weshalb eine Herausnahme dieses Geländes für die CDU tragbar ist.

Frau Heller kann sich dem anschließen. Es handelt sich zwar um kein Waldstück, aber eine wertvolle Grünfläche.

Herr Popescu erinnert an frühere Diskussionen. Es würden minderwertige Wohnflächen entstehen.

Auch Herr Ableiter rät dringend, in der Nähe von gesundheitsgefährdendem Lärm keine Wohnungen zu bauen.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich (bei 4 Gegenstimmen: FDP, SWG):

Das Waldstück zwischen B9 und Carl-Goerdeler-Straße, hinter dem Haus Pannonia, wird von einer künftigen Bebauung ausgenommen. Das Flurstück soll als Wald erfasst werden. Zudem wird eine Kartierung der Bäume und Sträucher auf diesem Gelände angeregt.

**Gegenstand: Sachstand 4. Klärstufe;
Anfrage der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! vom 19.03.2023
Vorlage: 1431/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Auf die Frage, ob eine mündliche oder schriftliche Beantwortung gewünscht sei, möchte Frau Dr. Montero Muth zumindest eine mündliche Teilbeantwortung.

Frau Beigeordnete Münch-Weinmann beantwortet daraufhin die Anfrage vollständig wie folgt:

zu Frage 1) Wann wurde der Antrag zur Machbarkeitsstudie gestellt?

Die Maßnahme wurde bereits für die Aufnahme in das mittelfristige Investitionsprogramm (MIP) über das elektronische Fachverfahren MIP-Förderung des Ministeriums für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz (MKUEM RP) eingereicht.

Die endgültige Antragstellung soll im 2. Quartal 2023 erfolgen.

zu Frage 2) Welchen Inhalt hat der Antrag zur Machbarkeitsstudie?

Das Ministerium für Klimaschutz, Umwelt, Energie und Mobilität Rheinland-Pfalz (MKUEM RP) macht basierend auf den Vorlagen des Kompetenzzentrums Spurenstoffe Baden-Württemberg (KomS BW) klare Vorgaben für Inhalt und Umfang von Machbarkeitsstudien.

Neben der konkreten Aufgabenstellung und den rechtlichen und technischen Rahmenbedingungen wird die Studie dabei auf folgende Punkte vertiefend eingehen:

- Es werden Voruntersuchungen (Screening) zu anthropogenen Spurenstoffen und Mikroplastik im Zulauf der Kläranlage Speyer durchgeführt.
- Es werden die örtlichen Randbedingungen (u.a. aktuelle und ggfs. zukünftige Kapazität der biologischen Reinigungsstufe, verfügbare Aufstellflächen) betrachtet und die zukünftigen Reinigungsziele und daraus folgend die Bemessungswerte der 4. Reinigungsstufe definiert.
- Auf Grundlage der Voruntersuchungen und örtlichen Randbedingungen werden in Frage kommende Verfahren ausgewählt und mindestens 3 technische Varianten (inklusive Umsetzungskonzepten, Investitions- und Betriebskosten) ausgearbeitet.

Diese Varianten werden im Hinblick auf ihre Kosten, CO₂-Bilanz und ggfs. weiterer Kriterien gegenübergestellt und als Ergebnis eine Verfahrensempfehlung formuliert.

zu Frage 3) Wie ist der aktuelle Stand des Verfahrens?

Die Entsorgungsbetriebe Speyer (EBS) befinden sich aktuell in der Phase der Vorauswahl von geeigneten Projektpartnern zur Bearbeitung der Machbarkeitsstudie für die Durchführung eines entsprechenden Vergabeverfahrens.

zu Frage 4) Wann ist mit einem Bescheid zu rechnen?

Nach Antragstellung ist mit einer Bearbeitungszeit bis zur Bewilligung der beantragten Zuwendung von bis zu 6 Monaten auszugehen.

zu Frage 5) Welche Vorbereitungen sind im Vorfeld der Studie schon zu treffen?

Im Vorfeld der Studie wurde von den Entsorgungsbetrieben Speyer (EBS) bereits Flächen als mögliche Standorte einer 4. Reinigungsstufe ausgewählt, die im Rahmen einer Studienbearbeitung näher betrachtet werden sollen.

Darüber hinaus wurden bereits Kostenansätze in der Wirtschaftsplanung der EBS für die Jahre ab 2023 hinterlegt (Verpflichtungsermächtigung in Höhe von 10.000.000 Euro als erster Ansatz).

Bereits durchgeführte Untersuchungen zu anthropogenen Spurenstoffen und Mikroplastik im Kläranlagenzulauf werden im Rahmen der Studie aktualisiert.

zu Frage 6) Wie ist die Zeitschiene für eine Umsetzung bei positivem Bescheid?

Die Zeitschiene kann nur sehr grob dargestellt werden und ist von mehreren Faktoren abhängig, die den Projektfortschritt hemmen oder beschleunigen können.

- Quartal 2/2023: Antragstellung Fördermittel Machbarkeitsstudie
- Quartal 4/2023: Beauftragung des ausgewählten Projektpartners nach Zugang des Zuwendungsbescheids, dann
- Bearbeitungszeitraum der Machbarkeitsstudie (ca. 6-9 Monate), dann
- Präsentation der Ergebnisse im Werkausschuss der EBS, Festlegung auf eine Umsetzungsvariante, dann
- Beantragung und ggfs. Bewilligung von Fördermitteln für die konkrete Umsetzung (ca. 6-9 Monate), dann (ggfs. parallel)
- Vergabeverfahren für die erforderlichen Planungsleistungen (u.a. Genehmigungsplanung, Ausführungsplanung) (ca. 3-6 Monate), dann
- Durchführung der Planung und Genehmigung (ca. 6-12 Monate), dann
- Vergabeverfahren für die Bauausführung (ca. 3-6 Monate), dann
- Bauausführung (ca. 12-18 Monate)

Die Beigeordnete erinnert zudem daran, dass im Werkausschuss immer wieder über den Fortgang berichtet wurde und wird.

Frau Dr. Montero Muth spricht von Licht am Horizont. Weitere Zusatzfragen werden nicht gestellt.

Gegenstand: Baumliste;
Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! vom 20.03.2023
Vorlage: 1432/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Begründung erfolgt durch Frau Dr. Montero Muth. Sie verweist darauf, dass sich die Beschattungsfunktion von Straßenbäumen erst in Jahrzehnten einstellen wird, wenn überhaupt, angesichts des oftmals schwachen Anwuchses. Daher sollte eine Auswahl geeigneter Baumarten für das Straßenbegleitgrün vorgehalten werden. Auf einem GEWO-Grundstück könnten zudem Obstbaumpflanzungen erfolgen, zur Belebung der Idee der „essbaren Stadt“.

Als positives Beispiel verweist die Vorsitzende auf die aktuelle Neuanpflanzung in der Großen Himmelsgasse. Sie sieht den Antrag geeignet für eine tiefere Beratung in der angedachten Klausursitzung als Prüfauftrag.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wird der Antrag zurückgestellt und in die Klausurtagung verwiesen.

**Gegenstand: Wurzelkammersysteme in die Baumschutzordnung;
Antrag der Stadtratsfraktion Unabhängig - für Speyer! vom 19.03.2023
Vorlage: 1433/2023**

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Frau Dr. Montero Muth begründet den Antrag mit der Anpassung an die Klimasituation für Stadtbäume, die mit einer Verdichtung des Untergrundes fertig werden müssen. In 7 Jahren wurde ein einziges Wurzelkammersystem in der Woogbachschule installiert. Daher sollte eine Verpflichtung in die Baumschutzsatzung aufgenommen werden, allerdings nur für den öffentlichen Bereich und dort auch nur, wo benötigt.

Herr Nolasco (Fachbereichsleitung 5) erläutert, aktuell wurden 2 Kammersysteme an der Woogbachschule im Pausenhof realisiert, zum Stückpreis von je ca. 12.000 €. Über den ökologischen Nutzen sind Experten uneins, da sehr viel Kunststoffeintrag in den Boden erfolgt. Neuere Beispiele sind der Bau von Rigolen und ausreichenden Versickerungsflächen. Bei Neuentwicklungszonen werden neue technische Verfahren zum Einsatz kommen, z.B. in der Kurpfalzkasernen. Ortssatzungen betreffen auch private Dritte.

Für Herrn Zehfuß zielt der Antrag auf eine Umsetzung des 2016 beschlossenen Antrages. Er sieht kein Verbindlichkeitsproblem, sondern ein Umsetzungsproblem. Eine Aufnahme in die Baumschutzsatzung würde dem Satzungszweck zum Schutz bestehender Bäume widersprechen. Die Anwendung nur für Neupflanzungen und nur für die Verwaltung wäre ein Fremdkörper in der Satzung. Er schlägt eine Beratung im ASUN vor, wenn neue Maßnahmen anstehen.

Herr Ziesling sieht den Antrag als Initiative für das Kümern um den Wurzelraum, unabhängig davon, welche Technik eingesetzt wird. Man sollte den Geist dieses Antrags aufnehmen. Kritisch sieht er, einen Plastikeinbau in die Baumschutzsatzung aufzunehmen.

Nach Auffassung von Herrn Brandenburger sollte man sich den technischen Entwicklungen anpassen, deshalb werde man dem Antrag so nicht folgen. Er bringt eine Behandlung des Themas ebenfalls in der Klausurtagung ins Gespräch.

Auch Herr Popescu sieht den Antrag dort gut aufgehoben. Die Kosten sind doch erheblich und es liegen aus anderen Städten noch keine validen Ergebnisse vor.

Die Vorsitzende betrachtet eine Beratung zur Thematik des Wurzelwerks in der Klausurtagung passend, eine Aufnahme in die Baumschutzsatzung jedoch nicht. Da es sich um einen sehr konkreten Antrag handelt, muss sich die Fraktion zum weiteren Umgang damit erklären.

Frau Dr. Montero Muth weiß zu berichten, dass solche Systeme in Worms und HD schon seit 30 Jahren erfolgreich im Einsatz sind. Sie dringt auf eine rasche Umsetzung des Beschlusses.

Mit Zustimmung der antragstellenden Fraktion wird der Antrag zurückgestellt und in die Klausurtagung verwiesen.

Gegenstand: Entwicklungen im Klimaschutz seit März 2021
Vorlage: 1428/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Die Vorsitzende begrüßt in diesem Zusammenhang besonders Frau Bierwirth vom Wuppertal-Institut. Es gibt ein hohes Interesse für die Thematik in der Bevölkerung. Ziel ist es, die bestmögliche Entscheidung für Speyer zu treffen und diese umzusetzen. Man diskutiert nicht mehr um das ob, sondern um das wie.

Frau Münch-Weinmann ergänzt, man müsse kommunal Klimaschutz denken, Klimaschutz machen und Klimaschutz leben.

Frau Berlinghoff (Umweltabteilung), die das Klimaschutzmanagement seit einigen Monaten übernommen hat, erläutert [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beigelegt ist, den Fortschritt der Maßnahmen seit März 2021, als die letzte Sondersitzung des Stadtrates zu diesem Thema stattfand.

Gegenstand: Umsetzung der Klima-Strategie für Speyer
[Vorlage: 1429/2023](#)

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorstellung der Konzeption erfolgt durch Frau Bierwirth, Wuppertal-Institut, **in Form einer Präsentation**, die dieser Teilniederschrift beigelegt ist. Sie hebt hervor, keine Stadt in Deutschland sei derzeit klimaneutral. Kritisch ist vor allem die Kompensation von Bereichen, die nicht klimaneutral arbeiten können. Echte Klimaneutralität geht dabei über die bloße Verrechnung von Treibhausgasen hinaus; dazu seien auch Kooperationen erforderlich.

Große, ambitionierte Ziele wurden vor 10 Jahren beschlossen, so Herr Ableiter. Alle Entscheidungen danach wurden aber anders oder gar nicht getroffen. Vielmehr habe der Stadtrat beschlossen, keine Windkraftanlagen entlang der A 61 zuzulassen. Die Stadtwerke Speyer agieren in Bezug auf erneuerbare Energien zum Glück anders. Eine Zulassung von Solaranlagen im Altstadtbereich wurde nicht beschlossen, eher lässt das Nachdenken über eine Denkmalzone das Gegenteil befürchten. Eine weitere Versiegelung von landwirtschaftlichen Flächen wurde glücklicherweise durch die Nachbargemeinde verhindert.

Die Vorsitzende widerspricht der Behauptung, die Stadt verhindere PV-Anlagen. Neue Richtlinien des Landes werden künftig umgesetzt.

Aus Sicht von Herrn Schneider trifft viel Theologie auf wenig Verstand. Wie schon bei den Corona-Schutzmaßnahmen kommt es zu hysterischen Klimaschutzmaßnahmen. Die Rettung durch die Politik, vereinzelt sicherlich begrüßenswert, endet zumeist aber in Regulierungswut. Die grüne Umgestaltung sei gescheitert. Deutschland habe die höchsten Energiepreise europaweit. Bevor der Weltuntergang kommt, werde die Deindustrialisierung ganz andere Probleme aufwerfen. Es entsteht ein Obrigkeitsstaat in einer links-ideologischen Regulierungsdiktatur unter gleichzeitiger Aufblähung des Verwaltungsapparates.

Herr Dr. Wilke plädiert wegen der Wichtigkeit des Themas für eine Aufhebung der Redezeitbeschränkung. Die CDU-Fraktion werde die Vorlage mehrheitlich mittragen.

Das Papier sei eine gute Grundlage, viele Ratsbeschlüsse hätten dabei aber kein Gehör gefunden. Trotzdem sieht er viele Übereinstimmungen **mit dem Kooperations-Positionspapier**, das ebenfalls dieser Niederschrift beigelegt ist. Windkraft wird auf städtischem Gelände zulässig. Deutliche bilanzielle Verbesserungen werden noch Thema in der Gebäudemanagement-Sitzung. Die Nutzung der sog. „kalte Nahwärme“ findet sich allerdings nicht. Wichtig in allen Bereichen sei, die Bürgerinnen und Bürger mitzunehmen. Hervorgehoben wird der Bildungsauftrag von VHS und Kindertagesstätten („kleiner Daumen – große Wirkung“). Priorisierung und Zeitvorgaben fehlen in dem Wuppertal-Papier, das offenbar mit heißer Nadel gestrickt wurde, seien es Schreibfehler oder Hinweise auf Straßenbahnschienen und den Schwerlastverkehr in Mannheim. Er übt auch Kritik wegen fehlender Unterlagen zu TOP 8.

Solche Vorgaben im Strategiepapier scheitern immer daran, dass die Städte konkrete Ziele nie geschafft haben, so Frau Bierwirth. Die Priorisierung gibt letztendlich der Stadtrat vor. Insgesamt müsse der Energieverbrauch als Ganzes gesenkt werden.

Frau Berlinghoff ergänzt, in der Kürze der Zeit war nicht mehr zu schaffen; der Auftrag aus November, die Vorstellung im März.

Man befindet sich laut Herrn Ziesling am Anfang eines Veränderungsprozesses und einer Transformationsphase, die weh tun. Die Frage muss lauten: wie viel ist genug? - nicht wie

können wir unseren Lebensstandard laufend erhöhen? Die Strategie enthält viele gute Ansätze. Bedauerlich sei aber, dass der Wald so wenig Eingang gefunden hat. Speyer verfügt über 1.000 ha Wald, den andere Städte nicht haben. Nicht nur Klimaschutz, auch das Artensterben müssen Thema sein. Die Verbrennung von Holz ist keine Alternative zu Gas. Kritisch sind auch die Transportwege von Holz nach Asien. Die regionale Wert-schöpfung muss wieder in den Vordergrund gestellt werden. Ein Kennzahlensystem fehlt. Es sei vieles blumig formuliert. Die Umsetzung der Strategie wird zweifellos eine Personalmehrung zur Folge haben.

Die Vorsitzende stellt zur Disposition, ob die Änderungsanträge der Grünen zur direkten Beschlussfassung kommen oder in die nähere Diskussion des Expertengesprächs Wald einfließen sollen.

Frau Heller räumt ein, die Änderungsanträge seien auch mit heißer Nadel gestrickt und enthalten einige Fehler auf Seite 68 und Seite 30. Es gehe nicht um die Rettung des Planeten, sondern um die Organisation unseres sicheren Raums. Das Thema Wald sei nicht ausreichend vertreten. Darüber sollte man nochmals intensiv nachdenken, gern auch nach der Klausurtagung. Daneben fehlt der naturnahe Landbau. Zu einem umsetzbaren Zeitplan sollte auf Seite 30 ein Satz aufgenommen werden, damit das auch wirklich passiert.

Strategien sind laut Frau Dr. Mang-Schäfer Hypothesen, die ständig überprüft werden müssen. Das Konzept sei eine gute Starthypothese. Nachhaltigkeitsziele sollen, wie die Haushaltswirksamkeit, erläutern, was erwartet wird. Da inzwischen viele Laptops im Einsatz sind, sollen die Tischvorlagen nur noch einmal an die Fraktionen in Papier gehen, ansonsten nur noch digital. Speichertechnologien müssen auch für private Haushalte zugänglich gemacht werden. Man sollte auch klimaschutztechnische Auswirkungen von Vorhaben auf der Vorlage angeben.

Das ganze Thema ist aus Sicht von Herrn Haupt sehr ideologiegetrieben. Bei den Dünen in Dudenhofen (Bundeswehr) war von den Grünen nichts zu hören; das nennt er Doppelmoral. Die Stimmung in der Bevölkerung kippt. Viele Leute wissen nicht mehr, wie sie über die Runden kommen sollen. Dagegen leben viele Entscheidungsträger abgesichert in staatlicher Anstellung. Der Wirtschaftsstandort Deutschland ist in der Abwanderung begriffen. Naturschutz sei wichtig, aber im Heimatraum. Hinzu kämen ständige Eingriffe in das Eigentum der Menschen. Hier sei keine Versuchsanstalt für experimentelle Ansätze. Er fragt sich, was hat das Strategiepapier wohl gekostet hat und spricht von Lobbyarbeit in Mainz und Berlin.

Die Sommertemperaturen der letzten Jahre haben ja schon gezeigt, wo die Reise hingehet, so Herr Brandenburger. Der Klimakollaps ist eine ernsthafte Bedrohung. Nicht nur skandinavische Länder seien Vorreiter auf diesem Gebiet, auch Städte in der Nachbarschaft. Es braucht Ziele mit Indikatoren und Kriterien, bei gleichzeitiger sozialer Ausgewogenheit. Das sollte man Beschließen, dann käme man vom Reden ins Handeln.

Herr Ableiter spricht von einem „all-you-can-eat-Menü“ mit Mannheimer Zutaten, das ihm nicht konkret genug ist. Die Verwaltung hat bereits wiederholt beschlossene Aufträge des Rates nicht umgesetzt, auch dem Konzept fehlt der Bezug dazu. ÖPNV-Termine zum S-Bahn-Halt z.B. werden von der Stadt einfach abgesagt. Viel wichtiger und konkreter wäre die Abschaffung des privaten Jetverkehrs für Wochenendreisen vom Verkehrslandeplatz; dessen Schließung sollte Ziel des Stadtrates sein.

Herr Dr. Lorenz möchte wissen, wie die Umsetzung gehen soll und wo das Wuppertal-Institut die größten Potenziale sieht, beispielsweise im Gebäudebestand. Die Bürgerinnen und Bürger müsse man mitnehmen und dabei nicht in ein bürokratisches Klein-Klein verfallen. Er erkundigt sich, ob Erfahrungen in einer Zielfindungsmatrix vorhanden sind.

Frau Faust begrüßt die gute Darlegung der Dringlichkeit. Sie sieht darin nichts Ideologisches sondern etwas Wissenschaftliches. Wichtig sei die Vermeidung von Ressourcenverschwendung, z.B. durch Wohnungs-Leerstand. Auch den Flugplatz dürfe man nicht einfach so laufen lassen, Kurzstreckenflüge seien völlig unzeitgemäß. Sie fordert Treffen in kurzen Abständen mit der Festlegung weiterer Beschlüsse.

Herr Czerny möchte wissen, was das Wuppertal-Institut beim Neubau von neutralen Gebäuden unter Cradle-to-Cradle (c2c) versteht.

Der Bereich Energie ist für Frau Hofmann sehr wichtig. Sie erwartet einen eher steigenden Verbrauch, z.B. durch die Elektromobilität. Ihr fehlen hier die Priorisierung und die Zwischenziele. Daher fordert Sie, in 6 Monaten im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit Zwischenziele zu spezifizieren.

Nach Auffassung von Frau Keller-Mehlem ist vieles schon in Fluss gekommen, auch ein neues Denken über die Dezernate hinweg. Leider ist ein segmentales Denken immer noch weit verbreitet. Frischkuchen in der Kinderbetreuung geben die Möglichkeit, der nächsten Generation ein bewussteres Verhalten mitzugeben. Außerdem müssen Begegnungsräume zum Austausch geschaffen werden.

Frau Bierwirth erläutert, bei c2c sind die Materialien so wählen, dass sie hinterher wieder möglichst sortenrein getrennt oder zumindest wieder einer hochwertigen Verwendung zugeführt werden können (Beispiel: „kleben ist schlecht, schrauben ist gut“). Wald ist eine Ressource, die von selbst verschwindet, wenn sie sich nicht angepasst hat. Eine Priorisierung von Maßnahmen ist aus wissenschaftlicher Sicht nicht möglich; diese sind immer im Paket zu sehen. Dabei dürfe dies nicht nur nach aktuellem Kosten-Gegenwert betrachtet werden. In der Diskussion müsse man flexibel bleiben und das Parteibuch auch mal vergessen. Alle Leute mitzunehmen, wird nicht funktionieren. Nicht funktionieren wird eine Wirksamkeitsmessung in kg CO₂-Einsparung, das ist eine Illusion. Controlling muss im Sinne von Umsetzung erfolgen. Es wird eine 3jährige Bilanzierung empfohlen.

Nagelprobe wird laut Vorsitzender das Normand-Areal, man müsse dies als lernendes System verstehen. Die Änderungsanträge der Grünen werden in das Fachgespräch Wald einfließen. Ein genauer Termin steht noch nicht fest, wird aber im Bereich vor/nach der Sommerpause liegen.

Frau Heller ist damit einverstanden, die Wald-Anträge zurückzustellen. Die Grünen werden unter Zusage von Bilanzierungsübersichten durch das Klimaschutzmanagement der Vorlage zustimmen.

In der Hauptausschuss-Sitzung Gebäudemanagement muss laut Vorsitzender über den massiven Investitionsstau gesprochen werden. Im Ausschuss für Stadtklima, Umwelt und Nachhaltigkeit wird auch Herr Alshuth vom Denkmalschutz teilnehmen (z.B. Kampagne: „denk mal an Klimaschutz“).

Frau Berlinghoff spricht von einer Gratwanderung zwischen zu viel und zu wenig Details. Sie weist darauf hin, dass bereits 102 Punkte überprüft wurden, was in TOP 8 noch näher erläutert wird. Ziel ist eine jährliche Berichterstattung an den Stadtrat.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mehrheitlich die vorgelegte Klima-Strategie (bei 2 Gegenstimmen: AfD, WG Schneider). In Bezug auf den aktuellen Stand zur Umsetzung der Klima-Strategie wird in einer jährlichen Stadtrat Sondersitzung berichtet.

**Gegenstand: Kooperation der Stadt und der Stadtwerke Speyer;
Informationen der Stadtwerke und der Stadt zu den gemeinsamen
Zielen und Projekten im Bereich erneuerbare Energien**

In einer [umfassenden Präsentation](#) erläutert Herr Bühring (Geschäftsführer SWS GmbH) die Vielzahl von Projekten und Aktivitäten der Stadtwerke auf dem Gebiet der Gewinnung von alternativen/regenerativen Energien und gibt einen Ausblick auf die weiteren Schritte in diesem Geschäftsfeld bis 2029. Die Präsentation ist dieser Teilniederschrift beigelegt.

Herr Ableiter erkundigt sich nach der Wasserstoffeinspeisung aus der geplanten Rhein-Pipeline und ob überschüssiger Strom zur Wasserstoffgewinnung genutzt oder verkauft werden soll. Wie in der Präsentation dargelegt, gehen die SWS von einem Zugang zur Pipeline für Speyer aus. Die Energie aus Strom durch regenerative Quellen, der nicht gebraucht wird, soll in Wasserstoff gespeichert werden.

Für Herrn Dr. Moser ist eine gezielte Strategie erkennbar, er fragt aber nach, ob das Ziel einer Reduzierung von 17 % jährlich noch erreichbar ist. Laut Herrn Bühring sind dazu „Energiewaben“ einzelner Regionen zu betrachten, die den Unterschied zwischen Stadt und Land ausgleichen.

Frau Dr. Mang-Schäfer ist gespannt, wie sich der Plan entwickelt und möchte wissen, ob die Werke die Ladestrukturen für E-Mobilität eher im öffentlichen Bereich oder in privaten Wallboxen sehen. Herr Bühring hält einen Mix aus beidem für sinnvoll.

**Gegenstand: Maßnahmenübersicht und Förderprogramme;
Informationen der Stadt zu Maßnahmen in den Jahren 2023/2024 und
zu aktuellen Förderprogrammen, wie dem Kommunalen
Investitionsprogramm für Klimaschutz und Innovation (KIPKI)**

Frau Berlinghoff (Klimaschutzmanagement) und Herr Freitag (Strategische Stadtentwicklung und Zukunftsfragen im Fachbereich 5) erläutern [anhand einer Präsentation](#), die dieser Teilniederschrift beigelegt ist, den Sachstand der Einzelmaßnahmen.

Betrachtet werden 7 Handlungsfelder mit 34 Maßnahmen und [insgesamt 102 Einzelprojekten](#). Hier soll eine jährliche Berichterstattung in einem Sonderstadtrat stattfinden.

Hinsichtlich des Kommunalen Investitionsprogramms für Klimaschutz und Innovation (KIPKI) des Landes Rheinland-Pfalz ist die Ideensammlung eingabefertig, eine Bewerbung aktuell aber noch nicht möglich. Eine Beschlussfassung hierzu ist vorgesehen, sobald die Richtlinien des Landes veröffentlicht sind.

Gegenstand: Haushalte 2023 der Stadt Speyer, der Bürgerhospitalstiftung und der Waisenhausstiftung
Vorlage: 1434/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Die Vorsitzende weist darauf hin, dass die Ausgangslage kein „nicht genehmigter“ Haushalt sei, sondern die in der Vorlage geschilderte Modifikation auf Grund eines „Aufklärungsersuchen“ der Aufsichtsbehörde notwendig wird.

Die Kämmereileiterin, Frau Lübge, berichtet über den Schriftverkehr mit der ADD. Dort habe man die klare Anweisung vom Land, unausgeglichene Haushalte nicht zu genehmigen. Aufgrund der nicht berücksichtigten KEF-Raten in der mittelfristigen Finanzplanung geht die ADD bisher von einer teilweisen Unterdeckung aus.

Beschluss:

Der Stadtrat beschließt mit 29 Ja-Stimmen mehrheitlich die Haushaltssatzung mit dem Haushaltsplan für das Haushaltsjahr 2023 nach dem vorliegenden Entwurf (bei 4 Gegenstimmen: FDP, AfD, WG Schneider).

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Bürgerhospitalstiftung

1. Feststellung des Jahresabschlusses

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes

Vorlage: 1413/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Rottmann übernimmt für die Tagesordnungspunkte 10 und 11 als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses die Sitzungsleitung. Es gab in der Wirtschaftsführung einige kleine Beanstandungen, die jedoch nicht maßgeblich seien. Der Ausschuss hat einstimmig die Feststellung und die Entlastung empfohlen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO einstimmig folgende Beschlüsse zum Jahresabschluss 2021 der Bürgerhospitalstiftung:

1. Feststellung des Jahresabschlusses (einstimmig)

Der geprüfte Jahresabschluss der Bürgerhospitalstiftung zum 31.12.2021 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung	117.172,34 €
Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung	830.175,96 €

Bilanz:

	AKTIVA		PASSIVA		
	31.12.2020	31.12.2021		31.12.2020	31.12.2021
	€			€	
Anlagevermögen	33.336.402,90	32.388.663,19	Eigenkapital	31.529.533,51	31.646.705,85
Umlaufvermögen	4.734.222,81	4.700.991,79	Sonderposten	2.772.000,80	2.541.984,80
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	180.000,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	3.589.091,40	2.900.964,33
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	38.070.625,71	37.089.654,98	Summe Passiva	38.070.625,71	37.089.654,98

2. Entlastung des Stiftungsvorstandes (bei 1 Enthaltung: AfD)

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Bürgerhospitalstiftung im Haushaltsjahr 2021 wird dem Stiftungsvorstand, bestehend aus

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie
- Frau Silke Schmitt-Makdice, ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling, Strategische Steuerung

Entlastung erteilt.

Frau Seiler und Frau Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

Gegenstand: Prüfung des Jahresabschlusses 2021 der Waisenhausstiftung
1. Feststellung des Jahresabschlusses
2. Entlastung des Stiftungsvorstandes
Vorlage: 1414/2023

Die Vorlage ist dieser Teilniederschrift beigelegt und Bestandteil des Beschlusses.

Herr Rottmann übernimmt für die Tagesordnungspunkte 10 und 11 als Vorsitzender des Rechnungsprüfungsausschusses die Sitzungsleitung. Es gab in der Wirtschaftsführung einige kleine Beanstandungen, die jedoch nicht maßgeblich seien. Der Ausschuss hat einstimmig die Feststellung und die Entlastung empfohlen.

Beschluss:

Auf Empfehlung des Rechnungsprüfungsausschusses fasst der Stadtrat gemäß § 7 Abs. 2 Nr. 3 der Stiftungssatzung und § 114 Abs. 1 GemO einstimmig folgende Beschlüsse zum Jahresabschluss 2021 der Waisenhausstiftung:

3. Feststellung des Jahresabschlusses (einstimmig)

Der geprüfte Jahresabschluss der Waisenhausstiftung zum 31.12.2021 mit seinen Bestandteilen und Anlagen wird mit folgenden Abschlussergebnissen festgestellt:

Jahresüberschuss der Ergebnisrechnung: 66.545,00 €
Finanzmittelüberschuss der Finanzrechnung: 477.914,88 €

Bilanz:

	AKTIVA			PASSIVA	
	31.12.2020	31.12.2021		31.12.2020	31.12.2021
	€			€	
Anlagevermögen	12.457.051,46	12.026.054,68	Eigenkapital	15.194.696,09	15.261.241,09
Umlaufvermögen	2.885.202,34	3.343.470,60	Sonderposten	0,00	0,00
Ausgleichsposten für latente Steuern	0,00	0,00	Rückstellungen	0,00	0,00
Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00	Verbindlichkeiten	147.557,71	108.284,19
Nicht durch Eigenkapital gedeckter Fehlbetrag	0,00	0,00	Rechnungsabgrenzungsposten	0,00	0,00
Summe Aktiva	15.342.253,80	15.369.525,28	Summe Passiva	15.342.253,80	15.369.525,28

4. Entlastung des Stiftungsvorstandes (bei 1 Enthaltung: AfD)

Für die Haushalts- und Wirtschaftsführung der Waisenhausstiftung im Haushaltsjahr 2021 wird dem Stiftungsvorstand mit

- Frau Oberbürgermeisterin Stefanie Seiler,
- Frau Bürgermeisterin Monika Kabs sowie
- Frau Silke Schmitt-Makdice, ehem. Leiterin Abteilung Finanzen, Controlling, Strategische Steuerung

Entlastung erteilt.

Frau Seiler und Frau Kabs haben an der Beratung und Beschlussfassung nicht teilgenommen.

**Gegenstand: Verabschiedung eines Ratsmitgliedes;
Hans-Peter Rottmann (CDU)**

In ihrer Laudatio bedankt sich die Vorsitzende für das jahrzehntelange Engagement und die konstruktive Mitarbeit bei Herrn Rottmann, der zum 31.03.2023 auf eigenen Wunsch aus dem Rat ausscheidet. Seine Finanzexpertise wird dem Gremium fehlen. Zum Abschied überreicht sie ihm für die 25jährige Zugehörigkeit zum Rat die Silbermedaille „800 Jahre bürgerschaftliche Selbstverwaltung“ der Stadt Speyer unter dem Applaus der Anwesenden.

Herr Rottmann hat hochgerechnet, dass er – alle Gremienzugehörigkeiten zusammengekommen – insgesamt 155 Jahre an verschiedenen Stellen gewirkt hat, was offenbar jung hält. Dies ist seine 214. und letzte Ratssitzung. Er bedankt sich bei allen Mitstreiterinnen und Mitstreitern für den konstruktiven Austausch auf dem gemeinsamen Weg.

40. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung Klimaschutzstrategie) der Stadt Speyer am
30.03.2023

40. Sitzung des Stadtrates (Sondersitzung Klimaschutzstrategie) 30.03.2023 **Stefanie
Seiler**

Hinweis: Diese Seite bitte nicht löschen! Enthält wichtige Seriendruck-Platzhalter für das
Gesamtdokument!